

Vertrag über Logistikdienstleistungen

zwischen

der Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Service GmbH, Bergedorfer Straße 10,
21033 Hamburg, vertreten durch den Geschäftsführer Rolf Keppeler,

- nachfolgend „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“ genannt –

und

(Firma, Anschrift, Vertretungsberechtigte Person)

- nachfolgend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“ genannt -

- nachfolgend gemeinsam auch „Parteien“ genannt -

Präambel

Die neun Berufsgenossenschaftlichen Akutkliniken der gesetzlichen Unfallversicherung zählen zu den größten Traumazentren in Deutschland. Gemeinsam mit einer Klinik für Berufskrankheiten und zwei Unfallbehandlungsstellen versorgen sie als BG Kliniken etwa 550.000 Patienten pro Jahr mit innovativer Spitzenmedizin auf höchstem Niveau.

Seit 2016 sind die BG Kliniken in einem Unternehmen mit Holdingstrukturen zusammengeschlossen. Sie bilden einen der größten Klinikverbunde Deutschlands.

Der Auftraggeber ist eine Einzelgesellschaft des Klinikverbundes. Durch den AG erfolgt die Dienstleistung der Versorgung der Patienten der Unfallversicherungsträger mit medizinischem Verbrauchsmaterial im Anschluss an die Akut- und Reha-Phase.

Die Unfallversicherungsträger sind gesetzlich verpflichtet (SGB VII), ihre Versicherten im Anschluss an die Akut- und Reha-Phase mit medizinischem Verbrauchsmaterial zu versorgen. Der AG erbringt für die Unfallversicherungsträger Dienstleistungen der standardisierten Versorgung der Versicherten der Unfallversicherungsträger.

Mit diesem Vertrag sollen die operative Warenbeschaffung, Lagerhaltung und Versand auf den Auftragnehmer übertragen werden, wobei die Waren zu den zwischen dem AG und Herstellern verhandelten Konditionen beschafft werden sollen. Der Auftraggeber bezweckt damit eine kostengünstige und qualitätsorientierte Belieferung der Versicherten mit medizinischen Hilfsmitteln.

Der Auftragnehmer ist ein Handels- und Logistikunternehmen mit Erfahrung im Deutschen Gesundheitssektor.

Der Auftrag wurde im Rahmen eines europaweiten Vergabeverfahrens unter dem Az. 72-26 (200) BGK vergeben.

Dies vorausgeschickt, schließen die Parteien den folgenden Rahmenvertrag:

§ 1 Leistungsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die materialwirtschaftliche Versorgung von Versicherten der Unfallversicherungsträger mit medizinischem Verbrauchsmaterial insbesondere aus dem Bereich der ableitenden und aufsaugenden Inkontinenz (nachfolgend „Hilfsmittel“ genannt) auf Basis definierter Leistungsumfänge. Die einschlägigen Gesetze (insbesondere Medizinprodukteführungsgesetz, Medical Device Regulation, Verpackungsgesetz), Verordnungen, berufsrechtlichen Vorschriften und behördlichen Erlassen sind zu beachten. Die Vertragspflichten ergeben sich aus den nachfolgend aufgeführten Vertragsbestandteilen.
- (2) Der Auftragnehmer erbringt die vertragsgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß und mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns.

§ 2 Vertragsbestandteile

- (1) Diese Vereinbarung besteht aus den folgenden Vertragsbestandteilen:
 - a) dieser Vertragsurkunde
 - b) Leistungsbeschreibung (Anlage 1)
 - c) Preisblatt (Anlage 2)
 - d) Erklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt (Anlage 3)
 - e) Vertrag über eine Auftragsverarbeitung (Anlage 4)
- (2) Die vorgenannte Rangfolge entspricht der Rangfolge der Vertragsbestandteile.

§ 3 Ansprechpartner

Vom AG und AN müssen Ansprechpartner für alle Geschäftsvorgänge genannt werden.

Von Seiten des AG sind die Ansprechpartner in allen Fragen die Abteilung BUK Service Hilfsmittelversorgung des AG. Die Zuordnung kann von dem AG jederzeit geändert und dem

AN mitgeteilt werden. Weitere Ansprechpartner sind die Kfm. Leitung der BUK Service, sowie die Ressortleitung Einkauf & Logistik und die Leitung Logistik.

Der AN wird dem AG innerhalb von einem Monat nach Vertragsabschluss eine Liste der Ansprechpartner übermitteln, die in allen Fragen der Auftragsabwicklung, Logistik und Rechnungslegung entsprechend involviert sind. Außerdem ist zur Eskalation von im Regelbetrieb nicht klärbaren bzw. strategischen Themen ein verantwortlicher Ansprechpartner / Key Account Manager zu nennen. Der AN ist verpflichtet die Liste der Ansprechpartner aktuell zu halten.

Der AN stellt sicher, dass die Ansprechpartner bzw. der Stellvertreter an Werktagen (Mo. – Fr.) jeweils mindestens von 07:30 Uhr bis 16:00 Uhr erreichbar sind.

Zwischen dem Key Account Manager des AN und dem AG werden quartalsweise Regelmeetings vereinbart, mit dem Ziel in den regelmäßigen Austausch zu treten, die Qualitätsberichte zu besprechen und etwaige Maßnahmen abzustimmen. Der Termin des Regelmeetings wird zum Vertragsbeginn zwischen dem AG und AN abgestimmt.

§ 4 Vertragsausführung

- (1) Die Vertragsausführung wird in Einführungsphase und Leistungsphase eingeteilt. Die Einführungsphase dient der Abstimmung des aktuell benötigten/relevanten Produktportfolios und dem anschließenden Aufbau des notwendigen Lagerbestands zur Durchführung des operativen Prozesses der Belieferung der Hilfsmittlempfänger des Auftraggebers. Ebenso werden in dieser Phase die genauen Parameter der benötigten Datenschnittstelle festgelegt sowie ein Testbetrieb des elektronischen Datenaustauschs durchgeführt. Es ist beabsichtigt, mit der Leistungsphase am 01.01.2027 zu beginnen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der Einführungsphase den Lagerbestand, der in den Räumlichkeiten des BG Klinikum Hamburg gGmbH, lagert, physisch und monetär vom Auftraggeber zu erwerben. Der Auftragnehmer wird damit Eigentümer des Warenbestands.

§ 5 Nachunternehmer

- (1) Der Auftragnehmer kann für die Ausführung des Vertrages Nachunternehmer einsetzen. Nachunternehmer sind Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers. Ein Vertragsverhältnis zwischen Unterauftragnehmern und dem AG wird nicht begründet.
- (2) Nachunternehmer werden durch den AN zur Einhaltung der vertraglichen und einschlägigen gesetzlichen Pflichten verpflichtet.
- (3) Im Vergabeverfahren benannte Nachunternehmer gelten als durch den Auftraggeber zugelassen. Sollen Nachunternehmer nach Vertragsschluss ausgetauscht oder zusätzliche Nachunternehmer eingesetzt werden, sind diese dem Auftraggeber rechtzeitig anzuzeigen. Mit der Anzeige übermittelt der Auftragnehmer dem

Auftraggeber Informationen zur Eignung und Zuverlässigkeit des vorgesehenen Nachunternehmers. Der Auftraggeber hat das Recht, die Eignung sowie das Vorliegen von Ausschlussgründen analog den Regelungen des GWB und der VgV zu prüfen und Nachunternehmer gegebenenfalls abzulehnen.

§ 6 Laufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2031. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag viermal für jeweils weitere sechs Monate zu verlängern. Möchte er von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, teilt er dies dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit schriftlich mit.
- (2) Das Recht zur Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (3) Dem AG steht ein Recht zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund zu, wenn der Auftragnehmer eine Lieferquote, wie in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) Ziffer 4.1 beschrieben, von größer 95 % in entweder in drei aufeinanderfolgenden Monaten unterschreitet oder wenn er die Lieferquote mehr als viermal innerhalb von 12 Monaten unterschreitet. Wenn die Voraussetzungen des Sonderkündigungsrechtes vorliegen, ist der AG zur sofortigen Kündigung dieses Vertrages berechtigt. Die Kündigung muss innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis der Umstände, die zu dem Sonderkündigungsrecht führen, erklärt werden.
- (4) Ein wichtiger Grund liegt außerdem vor,
 - a) für jede Vertragspartei, wenn die jeweils andere Vertragspartei schwerwiegend oder wiederholt gegen Bestimmungen dieses Vertrags verstoßen hat und den Verstoß trotz schriftlicher Aufforderung durch die Vertragspartei nicht abstellt;
 - b) für den Auftraggeber, wenn ein Verstoß des Auftragnehmers gegen für diesen verpflichtend anzuwendende tarifvertragliche Bestimmungen, Arbeitsschutzbestimmungen oder gegen die Vorschriften zur Abführung von Sozialabgaben festgestellt wird und der Auftragnehmer vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat;
 - c) für den Auftraggeber, wenn der Auftragnehmer ohne die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers Nachunternehmer zur Leistungserbringung einsetzt;
 - d) für den Auftraggeber, wenn der Auftragnehmer seinen Versicherungsschutz nach § 9 verliert und den erneuten Nachweis des Versicherungsschutzes nicht innerhalb von zwei Wochen ab schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber wiederherstellt;
 - e) für den Auftraggeber, wenn sich der Auftragnehmer in Bezug auf die diesem Vertrag zugrundeliegende Vergabe nachweislich an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligt hat;

- f) für den Auftraggeber, wenn der Auftragnehmer oder Personen, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, dem Auftraggeber oder Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden, Personen Geschenke andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
- (5) Der anderen Partei ist vor der Kündigung aus wichtigem Grund Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Eine schriftliche Abmahnung steht der Gelegenheit zur Stellungnahme gleich.
- (6) Eine Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 7 IT und Telekommunikation

- (1) Der Datenaustausch erfolgt elektronisch zwischen den verschiedenen IT-Systemen der Parteien, insbesondere Materialwirtschaft, Lagerhaltung, Anforderungssystem und Finanzbuchhaltung. Näheres ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) und der zwischen den Parteien zu Vertragsbeginn abzustimmenden Schnittstellenbeschreibung.
- (2) Der Auftragnehmer teilt dem AG zu Vertragsbeginn mit, welche EDV-Systeme er zur Bearbeitung der Aufträge benutzt.

§ 8 Vergütung und Rechnungstellung

- (1) Die Vergütung der vertragsgegenständlichen Leistungen erfolgt anhand der tatsächlich erbrachten Leistungen gemäß den Eintragungen im Preisblatt (**Anlage 2**). In den dort genannten Preisen sind sämtliche Aufwände des Auftragnehmers enthalten, insbesondere auch Aufwand während der Einführungsphase.
- (2) Die Logistikleistungen werden monatlich zu Beginn des nächsten Monats in Rechnung gestellt.
- (3) Die Kosten für Versand (Porto) sowie gesetzliche Versandnebenkosten (Zoll, Maut) werden ohne Aufschlag monatlich zu Beginn des nächsten Monats in Rechnung gestellt.
- (4) Die Kosten für die an die Hilfsmittlempfänger gelieferten Hilfsmittel werden ohne Aufschlag wöchentlich in Rechnung gestellt.
- (5) Die im Rahmen der operativen Warenbeschaffung anfallenden Warenbezugsnebenkosten (Versandkosten, Zollkosten, Bearbeitungsgebühren, Lieferzuschläge, etc.), werden aufwandsbezogen und gegen Nachweis monatlich abgerechnet.
- (6) Vollständige und prüffähige Rechnungen werden binnen 14 Werktagen bezahlt.
- (7) Bonuszahlungen von Lieferanten, die sich aus dem Kauf von Artikeln zu Konditionen des Auftraggebers bzw. aus der Verbindung zum Kundenkonto des Auftraggebers ergeben,

sind dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer schriftlich kenntlich zu machen. Auch im Falle einer bereits erfolgten Auszahlung an den AN, sind diese Bonuszahlungen vollständig an den AG abzuführen.

- (8) Der AN übermittelt die Warenrechnungen, der versendeten Artikel im ZUG-FerD-Format 2.0 inklusive Bestell- und Lieferscheinbezug auf Positionsebene an eine vom AG kommunizierte Mailadresse.

§ 9 Preisanpassung

- (1) 12 Monaten nach Beginn der Leistungsphase kann der Auftragnehmer erstmals eine Anpassung der Versandkosten begehren. Eine Erhöhung kann bis zu der Höhe erfolgen, in der der Versanddienstleister seine Preise gegenüber dem AN ebenfalls erhöht hat. Die Erhöhung der Versandkosten durch den Versanddienstleister muss durch entsprechende Dokumente des beauftragten Versanddienstleisters (z.B. Preisinformationsschreiben) nachgewiesen sein. Zusätzlich hat der AN geeignete Gegenmaßnahmen zur Stabilisierung oder Reduzierung der Versandkosten, z.B. Preisverhandlungen, Dienstleisterwechsel, etc. ergriffen und gegenüber dem Auftraggeber nachgewiesen. Weitere Erhöhungen sind alle 12 Monate möglich. .
- (2) Der Preis für die Logistikleistungen wird für 5 Jahre festgeschrieben.
- (3) Ändert sich der von dem Statistischen Bundesamt veröffentlichte Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen, Wirtschaftszweig 08-521 Lagerei (einsehbar auf www.genesisdestatis.de) auf der Basis 2021=100 gegenüber dem für den Monat der Zuschlagserteilung veröffentlichten Index um mehr als 5 Prozent, so kann der Auftragnehmer eine Anpassung des vereinbarten Preises für die vereinbarte Logistikdienstleistung bis zu dieser Höhe verlangen. Eine Preisanpassung kann erstmals für das zweite Vertragsjahr der Dienstleistung erfolgen, jeweils zum 1. Januar und zum 01. Juli eines jeden Jahres, und muss dem Auftraggeber mindestens vier Wochen vor Ablauf des vorangehenden Vertragshalbjahres angezeigt werden. Bei der Preisanpassung ist die Veränderung gegenüber dem für den Monat der letzten Preisanpassung veröffentlichten Index maßgeblich.

§ 10 Verwertungsrisiko

- (1) Der Auftraggeber übernimmt das Verwertungsrisiko (z. B. Ablauf des Verfalldatums) für die entsprechend den Vorgaben der Artikelliste sowie für die sonstigen im Auftrag des Auftraggebers beschafften Artikel, die nicht von dem Auftraggeber abgenommen werden (beispielsweise aufgrund geänderten Verbrauchsverhaltens). Zur Risikominimierung erfolgt diesbezüglich eine permanente Informationsabstimmung zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer.
- (2) Zur Minimierung des Verwertungsrisikos des Auftraggebers überwacht der Auftragnehmer das Verbrauchsverhalten des Auftraggebers unter den Gesichtspunkten

Mindestbestand und Bestandsreichweite und passt die diesbezüglichen Werte im Rahmen der operativen Warenbeschaffung in Abstimmung mit dem Auftraggeber an.

- (3) Zur Kontrolle erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Lagerartikeldarauf, ob es im auftraggeberspezifischen Lagerbestand Artikel ohne Bewegung oder solche mit geringen Abverkaufschancen gibt. Werden aufgrund dieser Überprüfung Artikel ohne Bewegung oder mit aus Sicht des Auftragnehmers geringen Chance des Abverkaufs ermittelt, so wird der Auftragnehmer nach Abstimmung mit dem Auftraggeber zunächst versuchen, sie gegen Gutschrift an den Lieferanten oder Hersteller zurückzugeben. Zusätzlich prüft der Auftragnehmer ob die Artikel in den allgemeinen Bestand des Auftragnehmers übergehen und verwendet werden können. Schlägt beides fehl, ist der Auftragnehmer berechtigt, dem Auftraggeber die nicht abgenommenen Artikel in Rechnung zu stellen.

§ 11 Haftung und Versicherung

- (1) Die Haftung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit sich aus diesem Vertrag nichts anderes ergibt.
- (2) Der Auftragnehmer hat eine Betriebshaftpflichtversicherung, eine Gebäudeversicherung sowie eine Lagerwertversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten und der Auftraggeberin das Bestehen zu Vertragsbeginn und ggf. während der Vertragslaufzeit jährlich und zusätzlich auf Aufforderung des Auftraggebers binnen zwei Wochen nachzuweisen.

Deckungssummen:

Betriebshaftpflichtversicherung: 5 Mio. Euro für Personenschäden und 2,5 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden

Gebäudeversicherung: mindestens 2 Mio. €

Lagerwertversicherung: mindestens 1 Mio. Euro

Der Auftragnehmer wird die Deckungssummen anpassen, sofern sich der Wert der zu versichernden Leistungen signifikant ändert, und den Auftraggeber entsprechend informieren.

- (3) Der Gefahrenübergang richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (4) Der Auftragnehmer prüft nach Anlieferung die Waren auf Vollständigkeit und äußerliche Beschädigung. Im Wareneingang erfolgt nach der Anlieferung der Waren eine Prüfung auf Vollständigkeit sowie auf äußerlich erkennbare Schäden. Werden Waren als Ganzpaletten angeliefert, gelten Fehlmengen nicht als erkennbar, sofern Packstücke innerhalb einer Ganzpalette fehlen.
- (5) Der Auftraggeber und Auftragnehmer stimmen überein, dass der Auftragnehmer aufgrund der Erbringung der vertraglichen Leistungen kein Hersteller im Sinne des Produkthaftungsgesetzes ist.

§ 12 Leistungsstörungen

- (1) Im Falle von Leistungsstörungen infolge höherer Gewalt gelten die nachfolgenden Bestimmungen. Gesetzliche Regelungen über den Ausschluss der Leistungspflicht bleiben im Übrigen unberührt.
- (2) Höhere Gewalt ist ein außergewöhnliches, betriebsfremdes, von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter (betriebsfremder) Personen herbeigeführtes und nach menschlicher Einsicht und Erfahrungen unvorhersehbares Ereignis, das mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch nach den Umständen durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet werden kann und das auch nicht im Hinblick auf reine Häufigkeit in Kauf genommen werden muss. Als höhere Gewalt gelten Leistungshindernisse durch
 - a) Krieg, bewaffnete Konflikte und/oder Bürgerkriege, Aufstände und aufständische Unruhen,
 - b) terroristische Anschläge oder Piraterie,
 - c) Naturkatastrophen,
 - d) Epidemien, Pandemien und Plagen,
 - e) Streik und sonstige Arbeitskämpfe.
- (3) Verursacht höhere Gewalt ein vorübergehendes Leistungshindernis, kann der Auftragnehmer die Erfüllung der vertraglichen Leistungspflichten für die Dauer des Leistungshindernisses, längstens für die Dauer von drei Monaten aufschieben. Besteht das Leistungshindernis länger als drei Monate fort oder führt höhere Gewalt zu einem endgültigen Leistungshindernis, haben die Parteien das Recht zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alles ihm Zumutbare zu unternehmen, um auch im Falle höherer Gewalt seine Leistungspflichten erfüllen zu können. Das kann beispielsweise im Falle einer örtlich begrenzten Naturkatastrophe das Anpassen der Prozesse und das Ausweichen auf andere Lager sein.
- (5) Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber unverzüglich über den Eintritt eines vorübergehenden oder endgültigen Leistungshindernisses infolge höherer Gewalt.

§ 13 Vertraulichkeit

- (1) Die Parteien werden alle von der jeweils anderen Partei jeweils erhaltenen Informationen, die klar als vertraulich gekennzeichnet sind, oder deren vertraulicher Charakter aus den Umständen klar erkennbar sind, Dritten gegenüber während der Vertragslaufzeit sowie drei Jahre nach Beendigung des Vertrages vertraulich behandeln. Verbundene Unternehmen der Parteien gelten nicht als Dritte im Sinne dieses Absatzes, soweit keine personenbezogenen Daten betroffen sind.

- (2) Die Parteien verpflichten sich, die in Absatz 1 vereinbarte Verschwiegenheitspflicht ihren Mitarbeitern und beauftragten Dritten, die aufgrund ihrer Tätigkeit Kenntnisse von der Verschwiegenheit unterliegenden Informationen erlangen können, aufzuerlegen und für die Einhaltung der Verschwiegenheit zu sorgen. Die Parteien sind für Verletzungen dieser Verschwiegenheitspflicht ihrer gesetzlichen Vertreter sowie ihrer sonstigen Mitarbeiter verantwortlich.
- (3) Die Parteien sind verpflichtet, die übergebenen Geschäfts- und Betriebsunterlagen sorgfältig zu verwahren und vor Einsichtnahme Unbefugter zu schützen.
- (4) Bei Vertragsbeendigung sind sämtliche gegenseitig zur Verfügung gestellten Unterlagen einschließlich Kopien zurückzugeben, soweit dem keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder andere eine Zurückbehaltung rechtfertigende Rechte entgegenstehen.

§ 14 Datenschutz

Die Parteien verpflichten sich zur Wahrung aller einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen und zur Weitergabe dieser Pflicht an ihre Mitarbeitenden. Das Nähere regelt die Auftragsverarbeitungsvereinbarung (**Anlage 4**).

§ 15 Gerichtsstand

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus oder im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergebenden Streitigkeiten ist Hamburg.

§ 16 Schlussbestimmungen

- (1) Der Auftragnehmer ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung berechtigt, das vorliegende Vertragsverhältnis für Werbezwecke oder in Referenzlisten zu verwenden.
- (2) Die Parteien sind sich bewusst, dass E-Mail-Nachrichten von Dritten gelesen, verändert, verfälscht werden, verloren gehen oder mit Viren befallen sein können. Ansprüche können hieraus nicht hergeleitet werden. Der Auftraggeber hat das Recht, ein gemeinsames Verschlüsselungsverfahren einzurichten.
- (3) Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform, soweit nicht notarielle Beurkundung erforderlich ist. Das Schriftformerfordernis gilt auch für Änderungen, Aufhebungen oder einen Verzicht auf die Einhaltung dieser Klausel.
- (4) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, so berührt dies die Gültigkeit der anderen Vertragsbestimmungen nicht. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine angemessene Regelung gelten, die - soweit rechtlich möglich - dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck

dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages diesen Punkt bedacht hätten.

(Ort, Datum)

Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus
Service GmbH

(Ort, Datum)

[...]